

Laibacher Zeitung.

Nr. 289.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzj. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 kr. Mit der Post ganzj. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Montag, 16. December

Insertionsgebühr bis 10 Zeilen: 1mal 60 kr., 2mal 80 kr., 3mal 1 fl.; sonst pr. Zeile 1m. 6 kr., 2m. 8 kr., 3m. 10 kr. u. s. w. Insertionsstempel jedesm. 30 kr.

1867.

Ämtlicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 10. December d. J. den dritten Custos der k. k. Hofbibliothek, Dr. Ernst Virel zum ersten Custos dieser Hofanstalt allergnädigst zu ernennen und demselben tagfrei den Titel und Charakter eines wirklichen k. k. Regierungsrathes zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 9. December d. J. dem Rathsecretär bei dem Landesgerichte in Brünn Ignaz Feil den Titel und Rang eines Landesgerichtsrathes allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 5. December d. J. die Berufung des Oberregisseurs des großherzoglichen Hoftheaters zu Mannheim August Wolff zum provisorischen Director des k. k. Hofburgtheaters allergnädigst zu genehmigen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 30. November d. J. den Finanzrath Dr. Karl Barchetti zum Oberfinanzrath und Finanzprocurator in Salzburg allergnädigst zu ernennen geruht.

Das Ministerium für Cultus und Unterricht hat über den Vorschlag des bischöflichen Ordinariates den supplirenden Religionslehrer an dem slavischen Gymnasium zu Brünn Vladimir Stastny zum wirklichen Religionslehrer an derselben Lehranstalt ernannt.

Nichtamtlicher Theil.

Laibach, 15. December.

Wir haben große Fortschritte in unseren Staatsfragen zu verzeichnen. Das Herrenhaus hat die Verfassung in der vom Abgeordnetenhaus abgeänderten Fassung angenommen. Die stärkste Differenz bildete der § 11 (Aufzählung der Agenden des Reichsrathes in Sachen der Justiz und Schulgesetzgebung). Die centralistische Partei erklärte indeß durch Baron Lichtenfels, daß sie dem Vorwurf, das Verfassungswerk vereiteln zu wollen, sich nicht anschließen wolle. Sie enthält sich jeder weiteren Antragstellung, ihre Mitglieder stimmten für den Majoritätsantrag, nur Herr v. Schmerling entfernte sich während der Abstimmung. Der Justizminister und der Reichskanzler rechtfertigten die Haltung der Regierung. Herr v. Hye sagte, daß der Justizminister noch jetzt für die ursprüngliche Fassung des Herrenhauses sei, daß er sich aber den politischen Motiven der Gesamtregierung und des Abgeordnetenhauses unterordne. Warum der Herr Justizminister dies nicht anfangs gethan hat, wird aus der Ausführung des Reichskanzlers klar. Diese beweist, daß die Regierung zur Zeit der Beratungen im Herrenhause jedenfalls noch freie Hand hatte, daß sie sich erst durch das Votum des Verfassungsausschusses gebunden sah, in der Art, daß die Beschlüsse dieses nunmehr die Richtschnur ihres Handelns wurden.

Das Abgeordnetenhaus setzte die Berathung über den finanziellen Ausgleich und das Staatsschuldengesetz fort. Die Artikel 1 und 2 waren in der Verhandlung und sie sind bereits, sowie das ganze Gesetz unverändert nach dem Antrage der Majorität angenommen. Den aufregendsten Incidenzfall bildete die vom Dr. Berger beantragte und mit Ausnahme des Clubbs der Liberalen und eines Theiles der Polen vom ganzen Hause unterstützte Resolution, daß die diesseitige Reichshälfte mit der Annahme des Ausgleichs noch nicht erkläre, daß sie den nach Abzug der ungarischen Quote verbleibenden Rest auf sich nehme.

Die Haltung des Reichsrathes in dieser Frage muß große Bedenken erregen. Das „Neue Fröbl.“ gibt diesen Ausdruck, indem es sagt: „Die Bedeutung des Tages ist keine kleine, denn zum mindesten muß man ihm nachsagen, daß er eine Frage, die noch nicht spruchreif ist, von vorneherein in ein schiefes Licht stellt, in ein Licht, das die österreichischen Staatsgläubiger mit Millionen bezahlen. Es wurde von der Regierung und von den Capacitäten des Hauses ausgeführt, daß die Frage: Bankrott oder nicht? eine Frage des Budgets und nicht des Ausgleichs sei. Die diesseitige Reichshälfte übernimmt mit dem Ausgleich nicht die Ver-

pflichtung der Zinsenlast. Erst wenn der Rest vom Finanzminister in das diesseitige Budget eingestellt wird, erst dann hat der Reichsrath zu entscheiden, ob er diese Last übernehmen wolle oder nicht. Wenn nun der Finanzminister erklärt, daß kein Bankrott nöthig sei, wenn er versichert, daß er mit einer Barschaft von dreißig Millionen in das nächste Verwaltungsjahr hinübergehe: wenn er versichert, daß das Deficit für das nächste Jahr gedeckt sei, dann hat der Reichsrath wohl Zeit, die Frage des Bankrotts reiflich zu erwägen, anstatt dieselbe in einer eigentlich inhaltlosen, jedenfalls aber vorzeitigen und allarmirenden Resolution zu einem unpassenden Abschlusse drängen zu wollen. Wird das Budget des Jahres 1868 den Bankrott unumgänglich machen, so sage man ihn in Gottesnamen an, wozu die Welt im Voraus beunruhigen, als gelte es einen Scherz? Der Reichsrath hat eine kleine Neigung zum Absolutismus. Er will z. B. in den Unificationsplan des Finanzministers gucken, der doch gewiß dessen Geheimniß bis zum Tage der Ausführung sein soll, er will im Voraus und ohne Budget wissen, daß wir Bankrott machen müssen! Wir stehen vor der Einführung einer parlamentarischen Regierung; hält es der Reichsrath nicht für deren würdig alles abzuwenden, um Oesterreich vor der Schande des Bankrotts zu retten, oder will er ihr als Morgengabe den Bankrott mitgeben? Die letzte und die heutige Rede des Finanzministers, die Rede des Professors Herbst und des Dr. Brestel lassen mindestens Zweifel an dessen Nothwendigkeit aufkommen. Was wird die Mit- und Nachwelt sagen, wenn der Reichsrath bankrottirt und sich hinterher herausstellt, daß es nicht nöthig war.

Uebrigens hat der gesunde Sinn im Hause obgefliegt. Berger beantragte gegenüber der Resolution Bergers folgende motivirte Tagesordnung: In Erwägung, daß der Staatschuldenvertrag mit Ungarn seiner Natur nach nicht bestimmt ist, für die cisleithanischen Länder die Uebernahme einer früher nicht bestandenen Rechtsverbindlichkeit gegenüber den Staatsgläubigern zu begründen, daß es dieserhalb unnöthig, diesen feinerseits bestrittenen Satz im Resolutionswege auszusprechen, geht das Haus über die beantragte Resolution zur Tagesordnung über. Der Antrag Bergers wurde mit großer Majorität angenommen. Die Regierung wird aufgefordert, behufs der Regelung der Finanzen baldmöglichst Gesetz-Vorlagen zu machen.

In der Conferenzfrage scheint sich die Haltung Frankreichs und Italiens immer schroffer zu gestalten. Die „Patrie“ dementirt die Nachricht, daß die Regierung am 5. December nach der Sitzung des gesetzgebenden Körpers eine Depesche nach Florenz gesendet habe, welche die Erklärungen Rouhers mildert.

Am selben Tage wurde mit Genehmigung des Kaisers eine Depesche an Baron Malaret nach Florenz gesendet, welche die Ausdrücke und den Sinn dieser Erklärungen aufrecht erhält.

Was Italien betrifft, so spiegelt sich seine Haltung deutlich in der noch nicht beendigten Debatte der Deputirtenkammer ab. Bertani, selbst einer der Theilnehmer an der Insurrection, beantragt die Tagesordnung, welche Rom als Hauptstadt Italiens bestätigt, und protestirt gegen das Attentat des französischen Kaiserreiches auf die nationale Einheit und gegen dessen Herausforderungen zum Bruderkriege. Er verlangt, daß man die Nothwendigkeit starker Rüstungen zur Vertheidigung der nationalen Ehre verkünde, und verweigert dem Ministerium sein Vertrauen.

Der Justizminister entwickelte das Programm der Regierung, indem er sagte: Die Expedition war eine Verletzung der Verfassung, der Gesetze, der Parlamentsvoten und der politischen Schicklichkeit. Er fügt hinzu, daß nicht bloß eine Partei, sondern alle den Fall der weltlichen Macht wünschen. Nichtsdestoweniger dürfe die Lösung der Frage nicht mit Gewalt übereilt werden. Er vertheidigt die Geseklichkeit der Verhaftung Garibaldi's und bemerkt, daß diejenigen, welche die Septemberconvention durch die Bildung der Legion von Antibes für verlegt erachteten, dagegen zur gelegenen Zeit im Parlamente hätten reclamiren, aber nicht zu Gewaltthaten ihre Zuflucht nehmen sollen.

Diese Erklärung ist bedeutsam. Italien will sich offenbar auf's Abwarten verlegen, es wird sich zu keiner Anerkennung der weltlichen Macht des Papstes herbeilassen und so ist das Urtheil der Conferenz im voraus gesprochen.

62. Sitzung des Abgeordnetenhauses

vom 12. December.

Auf der Ministerbank: Ihre Excellenzen die Herren Minister Freiherr v. Beust, Freiherr v. Becke, Graf Taaffe, Freiherr v. John.

Präsident Dr. Giskra eröffnet die Sitzung um 11 Uhr.

Nach Verlesung des Protokolls gelangt folgende Zuschrift des Finanzministers zur Verlesung:

Zur Erzielung übereinstimmender Beschlüsse der beiderseitigen Legislativen über das mit Ungarn abzuschließende Zoll- und Handelsbündniß habe ich nicht unterlassen, die in dem betreffenden Ausschusse gefaßten und dem hohen Abgeordnetenhause bereits vorliegenden Beschlüsse zur Kenntniß der k. ungarischen Regierung zu bringen.

Die beabsichtigten Modificationen haben den Gegenstand einer Berathung des k. ungarischen Ministerrathes gebildet und es ist mir über das Ergebnis dieser Verhandlung die nachstehende Mittheilung zugegangen.

Die k. ungarische Regierung hatte zwar gehofft, daß das Handels- und Zollbündniß als internationaler Vertrag angesehen und in dem österreichischen Reichsrathe möglichst intact angenommen werden wird, und diesen Standpunkt, wie es die sehr wenigen hier erfolgten mehr stilkischen Abänderungen beweisen, bei den hiesigen commissionellen Beratungen auch mit Erfolg zur Geltung gebracht. Dies hindert sie jedoch nicht, den im Reichsrathsaussschuß erhobenen Wünschen Rechnung zu tragen, inwiefern dadurch kein wichtigeres Princip alterirt wird.

Als solche Abänderungen, wozogen ungarischerseits kein Hinderniß obwaltete, werden die Modificationen im Artikel 6, 12, 19 und 20 bezeichnet. Auch die neue Fassung des Artikels 15 wird nicht beanstandet und nur bedungen, daß statt der Worte im Schlusse: „in beiden Ländern übereinstimmende Grundzüge,“ die Worte: „in beiden Ländern wo möglich übereinstimmende Grundzüge“ gebracht werden sollen.

Eingegangen kam das k. ungarische Ministerium seine Einwilligung nicht geben, daß im Schlusseabsatze des Artikels 11 die Worte: „von Zeit zu Zeit“ weggelassen werden, weil ja stabile Controlbehörden nie beabsichtigt waren und weil auch bei dieser Textirung sich die Vollumächtigung auf eine längere Zeit erstrecken kann. Andererseits obwaltete kein Anstand gegen die Weglassung der Namhaftmachung der Controlorgane an den Finanzminister des anderen Theiles.

Die k. ungarische Regierung kann ferner den Abänderungen im Art. 16 nicht beitreten, da die erste im directen Widerspruch mit Article 5 steht, die zweite Aenderung aber überflüssig und störend erscheint.

Was endlich die Abänderung des Art. 22 zum Zweck einer nach drei Jahren jedem Theile freistehenden Revision betrifft, so ist die k. ungarische Regierung mit der diesfälligen Textirung bis zu den Worten: „welche Unterhandlungen der andere Theil nicht ablehnen darf“ einverstanden, muß jedoch darauf bestehen, daß statt des Schlusses folgender Passus eingeschaltet werde: „Sollte auf diesem Wege binnen sechs Monaten eine Einigung nicht erzielt werden, so bleibt der gegenwärtige Vertrag auf die stipulirten zehn Jahre unverändert in Wirksamkeit.“

Ich habe die Ehre etc. zu eruchen, diese Eröffnung zur Kenntniß des hohen Hauses zum Behufe der Berücksichtigung bei der bevorstehenden Verhandlung über das Zoll- und Handelsbündniß bringen zu wollen, und füge den dringenden Wunsch der kaiserlichen Regierung bei, durch entsprechende Beschlüsse des hohen Reichsrathes in den Stand gesetzt zu werden, diesen für das Zusammenleben der Monarchie und zur Ausbildung einer übereinstimmenden Gesetzgebung in den wichtigsten finanziellen und volkswirtschaftlichen Gebieten unterlästlichen Act baldigst zum endgiltigen Abschlusse bringen zu können.

Das Haus geht zur Tagesordnung, der Berathung des finanziellen Ausgleichs mit Ungarn, über. Brestel vertheidigt das Majoritätsvotum. Er stellt vor allem zwei Fragen: Wäre von Ungarn ein höherer Beitrag zu erwarten und kann gegen die Deputation ein Vorwurf erhoben werden? Mit der Beantwortung der ersten beantwortet sich auch die zweite. Nun wird aber allseitig, selbst von den Gegnern, anerkannt, daß von Ungarn ein Mehreres nicht zu erreichen war, somit entfällt jeder Vorwurf für die Deputation. — Wenn man über den Antrag der Majorität abstimmt, so muß man sich vor allem klar werden, ob etwas Besseres zu erzielen sei, — ist das nicht der Fall, dann kann man eben mit voller Ueberzeugung für die Majorität sich erklären. Der Redner weist in einer längeren Auseinandersetzung nach, daß an der traurigen Finanzlage nicht der ungarische Ausgleich Schuld trage, sondern andere uns Allen bekannte Verhältnisse. — Die nächste Frage, die allenthalben aufgeworfen wird, ist stets die, ob wir allen uns auferlegten Verpflichtungen nachkommen können. — Betrachten wir das Deficit des nächsten Jahres. Das unangekündete Deficit von 53 Millionen wird bedeutend gemindert werden, in dieser Summe liegt aber auch die proponirte Schuldentilgung, durch welche wir eine Zinsenlast von einer Million ersparen.

Das Deficit ist trotzdem ein trauriges, allein kein unerträgliches. Der Redner kommt nach längerem Expose zu folgendem Schlusse: Wenn schon der Staat einem Theile seiner Verpflichtungen nicht nachkommen kann, dann müssen nicht nur die Staatsgläubiger allein's Mitleid gezogen werden, sondern es müssen auch

Verpflichtungen im Staate zur Erhöhung ihrer Leistungen verhalten werden. (Beifall.) Mit der bloßen einfachen Zinsenreduction ist es also nicht abgethan. Der Redner tadelt die in der letzten Zeit vorgekommenen Steuerherabsetzungen, wie die Herabsetzung des außerordentlichen Zuschlages auf die Grundsteuer, mit der man nur den großen Grundbesitzern, die gerade jetzt zu großen Steuerleistungen herbeigezogen werden müßten, Erleichterung verschafft, ferner die Modificirung der Branntwein- und Zuckersteuer. Hier ist eine Erhöhung der Steuer gerecht und nothwendig. Eine Zinsenreduction ist nicht hinreichend, wenn nicht gleichzeitig die nöthigen Reformen eingeführt werden. Wenn man sich bloß mit der Zinsenreduction begnügt, so wird in wenigen Jahren die gleiche Calamität entstehen wie jetzt, — dann wird man sagen, die Volksovertretung hat es gethan, sie hat nicht bloß die Finanzen so schlecht gelassen, wie der Absolutismus, sondern sie hat sie noch schlechter gemacht. (Beifall.)

Reichskanzler Ministerpräsident Freiherr v. Beust: Die Aufgabe, die mir am Schlusse der Generaldebatte zufällt, betrachte ich als eine sehr beschränkte. In der That ist die Frage, welche hier verhandelt wurde, wesentlich finanzieller Natur, und sie ist in dieser Beziehung so erschöpfend beleuchtet, verhandelt worden, daß, wollte ich mir selbst die Befähigung zutrauen, die mir aber abgeht, etwas Beachtenswerthes hinzuzufügen, ich doch nur Gefagtes wiederholen könnte. Mit der politischen Seite der Frage steht es nicht viel anders. Der politische Theil ist, wie mir scheint, in ziemlich allgemeinem Einverständnis in dem Worte reasumirt worden: Zwangslage. Was soll ich dazu sagen, mag mir das Wort gefallen oder nicht? — aufrichtig gesprochen, gefällt es mir nicht sehr, wegen einer unwillkürlich in die Ohren dringenden Affonanz. Ich könnte doch immer nur sprechen, entweder, indem ich die Zwangslage bestätige — das wäre sehr überflüssig — oder indem ich sie bestreite, und das wäre, glaube ich, sehr gefährlich.

Worüber werde ich also zu sprechen haben? Ich glaube, ich muß sprechen über das, was ein beredter und hoch angesehener Sprecher des Hauses als den Ausdruck seiner Verteidigung bezeichnete: über die Anklage.

Man wird vielleicht die Frage aufwerfen, ob das gut sei, ob nicht im Gegentheile die Waage sich zu Gunsten des Ausgleiches und der Regierungsvorlage besser neige, wenn in die Schale, in welcher die letzteren liegen, einige Vermuthstropfen für das Ministerium gegossen werden. Meine Herren, ich will sie gerne darinnen lassen, ich werde mich nicht beklagen, wenn das beschwerte Gewissen des Reichskanzlers diese Schale herabdrückt und das erleichterte Gewissen des Hauses die andere Schale in die Höhe steigen läßt.

Ich entziehe mich der Anklage nicht, nehme sie im Gegentheile dankbar entgegen, da sie mir Gelegenheit bietet, mich darüber auszusprechen; und ich erlaube mir auch das offen zu sagen, warum ich Letzteres für nothwendig halte. Handelte es sich hier nur um Unannehmlichkeiten für die Regierung, ich würde sie gerne in den Kauf nehmen und darüber hinweggehen.

Ich aber nehme Rücksicht auf die Eindrücke, die in weiteren Kreisen sich ausprägen, und wenn ich dort eine Unzufriedenheit wahrnehme, so kümmert mich das weniger der Regierung als des Volkes wegen.

Ich bin der Meinung, man müsse ohne Noth zu einer begründeten Unzufriedenheit nicht noch eine unbegründete hinzutreten lassen. Die begründete Unzufriedenheit, welche die pecuniären Lasten hervorrufen, die steigt sich ganz natürlich, wenn noch die Betrachtung hinzukommt: das hätte man uns ersparen können, das hat man uns muthwilliger Weise zugezogen.

Und dazu kommt nun noch die Neigung, hinter allem, was geschieht oder was unterlassen worden ist, ein absonderliches, nicht eingestandenes Motiv zu suchen, und so hoch ich mein liebes Oesterreich halte, muß ich doch bekennen, daß ich nirgends diese Neigung so sehr ausgeprägt gefunden habe, wie hier, weshalb ich stets der Meinung war, daß keine Regierung des constitutionellen Apparats so wenig entbehren kann, als die österreichische, weil keine der Tribune so bedürftig ist, wie sie.

Nun, meine Herren, Sie werden mir zugestehen, daß eben in den meisten Kreisen die bitteren Gefühle, die nothwendig mit der Lage zusammenhängen, die hier verhandelt wurde, vermehrt werden müssen, wenn man von einer Verweisung auf eine Anklagebank, wenn man von einer Verweisung vor den Richterstuhl der Geschichte hört. Ich wiederhole es, ich nehme diese Aeußerungen auf, nicht etwa, weil sie mich verletzen, nein! bloß darum, weil sie mir Gelegenheit bieten, zu meiner Rechtfertigung zu sprechen. Und so erlaube ich mir denn zunächst dem geehrten Herrn Redner gegenüber, der mich von der Ministerbank auf eine andere Bank übersehte, die Meinung auszusprechen, daß, wenn ich ihm die volle Freiheit zuerkenne, zu sagen, was er von einem Minister verlangt, ich aber das Recht für mich in Anspruch nehmen darf, meine Ansicht darüber zu äußern, was ich von einem Oppositionsmanne verlange, namentlich dann, wenn er ein schonungsloses Verdammungsurtheil spricht. Ich erwarte von einem solchen Gegner, daß er auch sage, was er an meiner Stelle gethan haben würde, und dazu genügt allerdings nicht, zu sagen, das und das hätte ich nicht gethan, das und das hätte ich nie zugegeben, ich hätte es anders gemacht.

Es hat ein geehrter Redner, der in der ersten Sitzung sprach, geäußert, er habe von der Regierung nur immer vernommen: „Es war nicht mehr zu erreichen;“ möglich, daß ich dieses gesagt habe, jedenfalls aber habe ich noch mehr gesagt. Was ich gesagt, war weniger: „Es war nicht zu erreichen“, als: „Es war nicht mehr zurückzuweichen“.

Ich habe bereits vorgestern bemerkt, daß gerade das harte Wort, welches der geehrte Herr Abgeordnete Skene gegen mich fallen ließ: „Der Staatsmann, der dem Könige von Ungarn habe rathen können, die Schuld nicht anzuerkennen, welche der Kaiser von Oesterreich gemacht habe, verdiene u. s. w.“, meine Aufgabe erleichtere.

Gerade in der Schuldfrage war die Schlacht — um mich des Ausdruckes eines anderen geehrten Herrn Redners von gestern zu bedienen — verloren, als ich berufen war, die Operationen zu eröffnen. Die ungarische Verfassung war zu drei Vierteln zurückgegeben; hier hieß es: entweder in die Verfassung hinein, oder über die Verfassung hinaus! Möglich, daß der Herr Abgeordnete Skene das Letztere gethan haben würde, allein dann hätte er zuvor manche ernste Studien anstellen müssen über die Elemente, welche einerseits zur Bekämpfung, anderseits zur Niederwerfung geboten waren; möglich, daß er diese Studien auch angestellt hat, aber dann wäre es wohl zu wünschen gewesen, er hätte sie auch mitgetheilt; mit centralistischen Leitartikeln des zu seinem Leidwesen umgestalteten großen Blattes allein wäre das nicht gegangen. Die Wiederherstellung der Verfassung — das war das Alpha und Omega, und da konnte man nicht viel unterhandeln und spalten, weil der Widerstand sich concentrirte in einer Person, in der Person eines unbestrittenen Führers. Daher bestand und war schon gegeben die pragmatische Lage, von der ich schon bei einem früheren Anlaß sprach und die mir ein fast komischer Druckfehler zu einer „dramatischen“ Lage gemacht hat.

Hieraus und nicht aus einer Verblendung, die über die Einheit der Armee die Finanzfrage vergaß, entsprang die Nothwendigkeit, sich Ungarn gegenüber in der Frage der Staatsschuld auf den Standpunkt der Verhandlung und nicht auf den der Verpflichtung zu stellen, und wenn diese Verhandlung, welche hiernach unvermeidlich der Wiederherstellung der Verfassung nicht vorhergehen konnte, sondern ihr folgen mußte, Dank der anstrengenden und aufopfernden Thätigkeit der Reichsrathsdeputation, zu einem relativ noch günstigen Resultate geführt hat, so ist doch dieses Resultat auch wesentlich dem Umstande zu danken, daß man nicht mehr ein abgeneigtes feindliches Ungarn, sondern ein wiedergewonnenes, befreundetes Ungarn vor sich hatte. Man hielt mir gestern ein „Clara pacta, boni amici“ vor; hier aber hieß es: „Mali amici, nulla pacta.“

Als der sehr geehrte Abgeordnete Dr. Herbst gestern an die Zeiten erinnerte, wo die Stellung Oesterreichs in der schleswig-holsteinischen Frage zur Entscheidung kam, seine Stellung in der Frage des dänischen Krieges, als er da erinnerte an die prophetischen Worte, welche in diesem Saale damals gesprochen worden sind, da empfand ich eine halb wehmüthige, halb gehobene Stimmung. Auch ich habe damals meine Stimme in demselben Sinne, und zwar hier vernahmen lassen; Zeuge hievon ist mehr als ein Actenstück, das damals in allen Zeitungen zu lesen war. Als ich aber später in die kaiserlichen Dienste eintrat, da war meine erste Kundgebung ein Erlaß an die kaiserlichen Missionen, worin ich sagte: Weder Neigung noch Abneigung wolle ich aus meiner politischen Vergangenheit herübernehmen, wohl aber meine Erfahrungen; und eine ernste Erfahrung hatte ich in jenen Zeiten gemacht, wie man in der Zeit des Kampfes die eigenen und die fremden Kräfte sorgsam zu bemessen hat.

Ich habe diese Erfahrung beherzigt, ich glaube, nicht zum Nachtheile Oesterreichs.

Der geehrte Herr Abgeordnete erinnerte an den Prager Frieden, er erinnerte daran, wie in den Zeiten der höchsten Bedrängniß man dann noch bei der Abtretung Veneziens an Italien die Regelung der Schuldfrage, wenn auch in ungenügender Weise, wahrgenommen habe; er möge mir vergeben, wenn ich ihm, dem ausgezeichneten Dialectiker, einhalte, wie wenig dieser Hinweis einschlagen kann, er wird nicht vergessen, daß wir zwar von Preußen, aber nicht von Italien geschlagen waren, daß die Abtretung Veneziens nicht an Italien, sondern an eine dritte Macht erfolgte, und daß die Dazwischenkunft des Siegers und des Empfängers uns vertrat bei der Macht, die uns nicht bekümmerte; und sollten wir uns etwa noch einmal in die Lage bringen, auch in der ungarischen Frage auf fremde Vermittlung zu rechnen und darauf zu recurriren — ich habe damals mehr daran gedacht, als vielleicht heute der geehrte Herr Abgeordnete; gern will ich es über mich ergehen lassen, wenn man mir vorwirft, die Verständigung mit Ungarn belaste mein Gewissen: Einen zweiten Prager Frieden, das habe ich mir gelobt, werde ich nicht unterzeichnen. (Lebhafter Beifall.) Vilagos! Auch daran erinnerte vorgestern ein anderer geehrter Herr Vorredner — o möchte man es nicht vergessen, Vilagos war nicht, wie der geehrte Herr Redner sagte, eine siegreiche Schlacht, das war eine Unterwerfung, herbeigeführt allerdings größtentheils durch eine erfolgreiche Bewegung unserer

Streitkräfte, aber von ihnen erfolgte sie nicht, und innerlich ist die Botschaft, die weit hinausging, hinaus über die Grenzen der Monarchie. (Zustimmung. Bravo!) — Meine Herren! das alles kann ich heute sagen, kann ich jetzt sagen, wo es anders geworden ist, wo der Kaiser nicht bloß König von Ungarn, sondern König in Ungarn ist.

Ich habe dem geehrten Herrn Abgeordneten Dr. Herbst Rede gestanden für die Anklage; ich reiche ihm jetzt dankbar die Hand für ein Wort, das er gesprochen hat und das mehr als alles andere mein Gewissen beruhigen kann.

Der Ausgleich, sagte er, ist nicht schuld an unserer Finanzlage. Wohl! Und ich füge hinzu: er ist aber schuld an unserer verbesserten politischen Lage, nach innen wie nach außen.

Meine Herren! Unterschätzen und verschmähen Sie nicht das einstimmige Urtheil des Auslandes hierüber; verschmähen Sie nicht die Stimmen, welche die Organe der öffentlichen Meinung darüber laut werden lassen. Glaubt der geehrte Herr Abgeordnete Skene, dem England am wenigsten unbekannt sein kann, glaubt er denn wirklich, daß man die englische Presse kaufen könne, kaufen mit einem Bruchtheile des österreichischen Dispositionsfonds? (Heiterkeit.)

Nein! Dort kennt man seit langer Zeit die österreichisch-ungarischen Verhältnisse. Man ist darüber sehr gut unterrichtet; man war dort nie principiell übelwollend gegen Oesterreich; aber so wohlwollend wie jetzt hat die englische Presse über Oesterreich nie geschrieben. Und auf diesem Boden der guten Meinung des Auslandes, dieser guten Meinung, welche nicht eine künstlich gemachte ist, welche nicht auf Vorspiegelungen und falschen Vorstellungen, sondern auf einer billigen Beurtheilung und namentlich auf dem Vertrauen beruht, auf dem Boden dieser guten Meinung ist die Regierung vornehmlich berufen zu operiren und ihre Aufgabe, ihre nächste Aufgabe zu erfüllen, die darin besteht, für die Erhaltung des Friedens zu wirken und zu sorgen.

Und darum möge man dieses Vertrauen nicht erschüttern; dieses Vertrauen muß nicht allein ein politisches, sondern auch ein finanzielles bleiben. Das Vertrauen darf nicht geschwächt werden, durch Zweifel an dem ernstesten Willen von Regierung und Volksvertretung, in Oesterreich unseren Verpflichtungen nachzukommen, und ich bin der Meinung und der frohen Ueberzeugung, daß die hier stattgefundenen Debatten und namentlich das, was der geehrte Berichterstatter zuletzt in so warmen Worten ausführte, wesentlich dazu beitragen werde, das Vertrauen des Auslandes zu Oesterreich zu stärken.

Man hat mich vor den Richterstuhl der Geschichte gerufen. Ich scheue ihr Urtheil nicht. Die Geschichte richtet nicht bloß einzelne Personen und einzelne Situationen. Wenn sie über den Verlauf des ungarischen Ausgleiches zu Gericht sitzt, dann wird sie vor ihr Tribunal nicht bloß die rufen, die in der zwölften Stunde ungarisches Ministerium und Siebenundsechzig-Claborat zugestanden, sondern auch die, die in der ersten Stunde mit dem Pester Landtage die Verhandlungen eröffneten, ohne ihm den Wiener Reichsrath an die Seite zu stellen. (Zustimmung.)

Auch die wird sie rufen, die in der neunten und zehnten Stunde dem Principe des Zuwartens huldigten (Bravo! rechts), das einige Zeit lang auf dieser Seite ein fröhlicheres Gesicht zeigen kann, um auf der anderen Seite eine unheimliche Gestalt erblicken zu lassen. (Bravo! Bravo!) Auch die endlich wird sie rufen, die noch in früherer Stunde auf dem Boden der Verwirrungstheorie (Bravo! rechts) eine Saat legten, die anders reifte, als sie drohten. (Bravo! Bravo! rechts.) Wenn es zu diesem Verhöre kommt, werde ich mich in sehr guter und gewählter Gesellschaft befinden. (Heiterkeit und Bravo rechts.) Allein, meine Herren, ich hoffe, die Geschichte wird nicht zu Gericht sitzen. Sie wird Worte der Vergebung haben, und wird sagen: „Sie Alle, sie mögen mehr oder minder gelehrt haben, aber sie haben sich geeinigt, um an der Hand der Erfahrung die Vergangenheit vergessen, die Gegenwart lieben und an die Zukunft glauben zu machen.“ (Lebhafter Beifall.)

Es wird sodann zur Specialdebatte, und zwar zuerst des Gesetzes über die Beitragsleistung der im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder zu dem Auswande für die allen Ländern der österreichischen Monarchie gemeinsamen Angelegenheiten geschritten.

Zum Eingang des Gesetzes nimmt Abgeordneter Wolfrum das Wort. Er entwickelt die Nothwendigkeit, daß die indirecten Steuern und namentlich die Zucker- und Branntweinsteuer als gemeinsame Einnahmequellen erklärt werden sollen, und glaubt, man werde bei Erneuerung des vorliegenden Pactes dies verlangen müssen. Er stimme übrigens für das ganze Gesetz. Abgeordnete Skene kennzeichnet seinen Standpunkt dem Quotengesetz gegenüber.

Vor der Abstimmung über Alinea 1 ergreift das Wort Abg. Dr. Ryger und stellt den Antrag, das hohe Haus wolle beschließen, es sei zur Abstimmung über diese vorliegende Verfassungsänderung eine Zweidrittel-Majorität des Hauses nothwendig.

Bei der Abstimmung wird der Antrag Ryger abgelehnt. Für denselben ein Theil der Linken und des Centrums, darunter Dr. Hanisch, Baron Rorb-Weidenheim und andere.

Bei der Abstimmung über das Gesetz selbst wird dasselbe in allen seinen Theilen ohne weitere Debatte angenommen, und über Antrag des Berichterstatters so gleich in dritter Lesung zum Beschlusse erhoben.

Die Annahme des Gesetzes erfolgt fast durch das ganze Haus. Gegen dasselbe stimmen beiläufig zehn Mitglieder.

Weiter gelangt zur Verhandlung das Gesetz, wodurch das Ministerium der im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder ermächtigt wird, mit dem Ministerium der Länder der ungarischen Krone ein Uebereinkommen in Betreff der Beitragsleistung der letzteren zur Last der allgemeinen Staatsschuld abzuschließen.

Der Titel und der Eingang des Gesetzes werden verlesen.

Abg. Wolfrum vertheidigt die Ausführungen des Minoritätsberichtes und ihres Berichterstatters gegenüber dem vorliegenden Entwurf der Majorität und betont namentlich die unbedingte Nothwendigkeit der Annahme dieses Gesetzes.

Er erklärt schließlich, nach Annahme dieses Gesetzes eine Resolution zu beantragen, welche er vorläufig zur Kenntniß des Hauses bringt, und die lautet: Das Abgeordnetenhaus spricht die Erwartung aus, es werde sofort nach Genehmigung der Gesetze über den Ausgleich mit Ungarn ein selbstständiges, verantwortliches Ministerium für die im Reichsrathe vertretenen Länder eingesetzt, welches bald möglichst zum Zwecke der nothwendig werdenden finanziellen Regelung dem Reichsrathe die geeigneten Gesetzesvorlagen zu machen hat.

Das Haus beschließt über die §§ 1 und 2 die Debatte gemeinschaftlich zu eröffnen.

Abg. Skene als Berichterstatter der Minorität sagt unter anderem: „Die Annahme der Minoritätsanträge gefährde durchaus nicht das Zustandekommen des Ausgleiches, sie sollen nur verhindern, daß die diesseitige Reichshälfte eine Verpflichtung übernimmt, die sie bisher nicht hatte.“

Hier handelt es sich aber um eine neu zu übernehmende, nicht zu erschwingende Last, die uns die Regierung nur deshalb zuweist, weil sie aus Bequemlichkeit die Sachen nicht anders sich zusammenlegen möchte und aus ihrer Situation herauszukommen wünscht.

Redner übergeht zu einer detaillirten Besprechung der im Minoritätsberichte niedergelegten Ansichten, bespricht das fortwährende, im Steigen begriffene Erfor-
niß für die Schuldbetilgung, weiters das für das Jahr 1868 zusammengestellte Tableau und behauptet, man könne an der Richtigkeit der im Berichte aufgestellten Ziffern wohl nicht zweifeln.

Redner unterzieht dann den gestrigen Vortrag des Ministeriums einer eingehenden Kritik und empfiehlt schließlich die Anträge der Minorität. (Beifall.)

Abg. Freiherr v. Korb stellt den Antrag auf Schluß der Sitzung. (Wird angenommen.)

Präsident bringt folgende im Laufe der Sitzung ihm übergebene Zuschrift des Finanzministers zur Verlesung. Dieselbe lautet:

„Da bei dem Fortbestande der in der hierortigen Zuschrift vom 28. November 1867, Zahl 5907, dargestellten ausnahmeweisen Verhältnisse, in deren Folge die Finanzverwaltung bis jetzt nicht in der Lage ist, der Reichsvertretung ein vollständiges Budget für das Jahr 1868 vorzulegen, es mit Rücksicht auf den so nahe bevorstehenden Beginn des neuen Verwaltungsjahres zur Unmöglichkeit geworden ist, das Finanzgesetz für das Jahr 1868 noch vor Beginn desselben im verfassungsmäßigen Wege zu Stande zu bringen, so tritt die dringendste Nothwendigkeit heran, für die geregelte Fortführung des Staatshaushaltes bis zum Zustandekommen des Finanzgesetzes Sorge zu tragen.“

„Ich beehre mich demnach, nach eingeholter allerhöchster Genehmigung einen, die Forterhebung der directen und indirecten Steuern und Abgaben sammt Staatszuschlägen, sowie die Ermächtigung zur Bestreitung der verschiedenen Verwaltungsauslagen für die Zeit vom 1. Jänner bis 1. Mai 1868 bezweckenden Gesetzesentwurf als Regierungsvorlage im Anschlusse mit dem Ersuchen zu übersenden, denselben mit aller Beschleunigung der verfassungsmäßigen Behandlung zuführen zu wollen.“

Wien, am 12. December 1867. Bede m. p.“

Leiter des Finanzministeriums Minister Freiherr v. Becke: Ich habe zu dieser Vorlage noch die Bemerkung hinzuzufügen, daß die kaiserliche Regierung hiebei von der Voraussetzung ausgegangen ist, daß die Gesetze über die Verfassungsänderungen und über die Behandlung der gemeinsamen Angelegenheiten mittlerweile die h. Sanction finden und somit am 1. Jänner in Wirksamkeit treten werden, weil die Gesetzesvorlage, wie sie hier eingebracht wurde, eben auf die neue Gestaltung der Verhältnisse basiert ist. Ich habe mich aber beeilt, diese Vorlage jetzt einzubringen, indem ich die Tage berechne, welche uns noch vom Schluß des Jahres trennen, und indem es auch für die Regierung nothwendig ist, die untergeordneten Behörden in Bezug auf die Fortsetzung der Steuer-Einhebung anzuweisen, um den Dienst nicht zu beirren. Es war daher nothwendig, das Gesetz einzubringen, damit es wenigstens in den Ausschüssen so weit beraten werde, daß es gleichzeitig mit den übrigen Gesetzen in Wirksamkeit trete.

Präsident ersucht unter Hinweis auf die Dringlichkeit der Vorlage, mit Unterbrechung der im Zuge

befindlichen Berathung, diese soeben eingebrachte Regierungsvorlage zur formellen Behandlung als ersten Gegenstand auf die morgige Tagesordnung setzen zu dürfen.

Schluß der Sitzung 2 Uhr 45 Minuten.

Nächste Sitzung morgen 10 Uhr.

63. Sitzung des Abgeordnetenhauses

am 13. December.

Auf der Ministerbank: Se. Excellenz der Herr Minister Freiherr v. Becke.

Präsident Dr. Giskra eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 50 Minuten.

Das Protokoll der letzten Sitzung wird vorgelesen und genehmigt.

Die eingelaufenen Petitionen werden den betreffenden Ausschüssen zugewiesen. (Darunter 5 Petitionen um Aufhebung des Concordates).

Es wird zur Tagesordnung geschritten. Erster Gegenstand ist die erste Lesung der gestern eingebrachten Regierungsvorlage betreffs der weiteren Einhebung der Steuern im Jahre 1868.

Se. Exc. Finanzminister Freih. v. Becke erklärt, daß er den gestern für diese Vorlage angeführten formellen Gründen nichts hinzuzufügen habe.

Die Vorlage wird dem Budgetausschuß zugewiesen.

Zweiter Gegenstand ist die Fortsetzung der gestrigen Debatte, und zwar zunächst über Art. 2 des Staatsschuldengesetzes.

Dr. Rechbauer: Er habe bei Berathung des Delegationsgesetzes sich entschieden für den Ausgleich ausgesprochen, weil der Preis desselben ein hoher sei, nämlich die endliche Regelung unserer Verfassungsverhältnisse.

Was aber den finanziellen Ausgleich betrifft, so fehlen ihm die Daten, ob durch die Unification eine Ersparung eintreten soll, oder ob sie bloß eine administrative Maßregel sei, ob die Länder diesseits sich für den ganzen Rest der Zinsen verpflichtet oder nicht? Diese Fragen werden wohl am besten erst von dem künftigen Landesministerium beantwortet werden, und deshalb wollte er ursprünglich den Antrag stellen in die Berathung des finanziellen Ausgleiches erst einzugehen, nachdem das Landesministerium eingesetzt sein werde; er habe aber den Antrag nicht gestellt, um den Ausgleich nicht zu verzögern.

Bezüglich § 1 habe er folgendes Bedenken: dort sei ausgesprochen, was Ungarn zu den Zinsen der Staatsschuld zahlt; was wir zahlen, bleibt eine offene Frage. Man habe von einer Zwangslage gesprochen; diese erkenne er nicht an; denn durch den zwölften Artikel vom Jahre 1867 sei Ungarn nicht seiner Verpflichtung ent-
hoben worden, weil es nie eine hatte.

Hätte es diese Verpflichtung gehabt, so wäre der Monarch gar nicht in der Lage gewesen, es derselben zu entheben, um uns damit zu belasten. Er gehe aber weiter und sage: Auch wir haben keine Verpflichtung für die Staatsschuld. Redner deducirt daraus, daß mit 15. März 1848 die Völker das Recht der Mitwirkung an der Gesetzgebung erhielten, der Monarch hatte also seitdem nicht das Recht, allein Schulden zu contrahiren. Zweifelsfrei könne dies nur bezüglich der von 1861 bis 1864 contrahirten Anlehen sein, unzweifelhaft sei es in Betreff der von dem Sistrungsministerium abgeschlossenen Anlehen.

Ungarn übernehme trotzdem einen Theil der Last aus Gründen der Opportunität und Politik, und auch wir werden zu entscheiden haben, ob und welchen Theil der Last wir zu übernehmen haben. Diese Erwägung könne aber heute nicht Gegenstand der Verhandlung sein, erst wenn wir sehen werden, welche Männer das Landesministerium bilden werden, und ob diese uns die Sicherheit bieten, daß wir die Last werden tragen können, erst dann wird der Moment gekommen sein, diese Frage in Erwägung zu ziehen.

Redner spricht sich entschieden gegen den Minoritätsantrag aus; für heute genüge es auszusprechen, was Ungarn leistet; was wir leisten werden, werden wir erst später aussprechen können, und deshalb werde er für den Ausschlußantrag stimmen. Wenn man gegen den Mann Anklage erheben wollte, der dem Monarchen gerathen, die ungarische Verfassung wieder herzustellen, so müsse er dem entgegengetreten und aussprechen, wenn gegen jemanden Klage geführt werden soll, sei es im Gegentheile der, der sich über die Verfassung hinaussetzte.

Der Majoritätsantrag lasse dem Hause die freie Entscheidung über den Theil der Last, welche die diesseitigen Länder trifft, und deshalb werde er für denselben stimmen. (Beifall.)

Freiherr v. Giovanelli erklärt sich für den Majoritätsantrag, jedoch mit der Verwahrung, daß den Ländern diesseits daraus nicht die Verpflichtung erwachse, den unbedeckten Rest zu übernehmen. Die Staatsschuld sei eine Reichsschuld, und wenn ein Schuldner erklärt, er wolle nur einen Theil seiner Schuld zahlen, so ändere das an seiner Verpflichtung nichts.

Die Regierung, welche in Ungarn seit 1849 bis 1866 regierte, sei eine gesetzmäßige und daher berechtigt gewesen, für das Land Schulden zu contrahiren. Die Ungarn haben nicht aus Mitleid oder Theilnahme einen Theil der Zinsen übernommen, denn Mitleid ist kein Factor in der Politik, sondern sie fühlten, daß sie die

Verpflichtung haben, mitzuzahlen. Deshalb werden wir nicht das ablehnen, was sie uns bieten, weil eben jetzt von ihnen nicht mehr zu erlangen ist; wenn wir dies aber acceptiren, so werden sie damit ihrer Verpflichtung noch nicht entlassen. — Man darf die Meinung nicht aufkommen lassen, daß Ungarn keine weitere Verpflichtung habe, weil daraus hervorginge, daß wir den Rest auf uns nehmen müssen. Er erkläre daher im eigenen und im Namen der Partei, daß sie den § 1 nur unter der ausgesprochenen Verwahrung annehmen.

Abg. Kuranda: Der Herr Vorredner sei der Meinung, daß wir Ungarn der Verpflichtung nicht entbinden können, welche es dem Reiche gegenüber hat; er (Redner) glaube, daß bezüglich dieses Verhältnisses noch manche Unklarheit existire.

Wäre die Verfassung nicht hergestellt und würde es sich darum handeln, dies erst zu thun, so könnte das Haus aussprechen, daß Ungarn früher die Staatsschuld anerkenne. Die Gesetze von 1848 hat Ungarn dem Kaiser Ferdinand abgerungen; als der Kaiser Franz Joseph den Thron bestieg, legte er dagegen sein Veto ein, und diesem Veto haben wir uns angeschlossen. Allerdings sei in der Februarverfassung der Versuch zu einem Ausgleich mit Ungarn gemacht worden, und er habe auch die Februarverfassung nie mit anderen Augen betrachtet.

Der Versuch ist mißglückt und deshalb könne er kein Renegathum darin sehen, wenn man jetzt mit der Wiederherstellung der ungarischen Verfassung einverstanden ist.

Ungarn stehe also auf dem Boden des Rechtes, wenn es auf dem Boden von 1848 steht, und deshalb habe der Vorredner Unrecht, wenn er davon spricht, daß wir Ungarn nicht aus seiner Verpflichtung entlassen sollen, denn es hatte keine Verpflichtung.

Redner wendet sich dann gegen das Minoritätsvotum und sagt, die Tabellen, welche demselben beigegeben sind, seien nicht vollständig; denn es fehle die Tabelle, welche sagt, wie viel von den Staatsschulden in Belgien und Holland, und wie viel in Oesterreich sich befindet.

Man könne daher auch nicht berechnen, welche und wie viel Interessen durch die Zahlungsunfähigkeit geschädigt würden. Alle Interessen sind im Hause vertreten, nur nicht die Interessen der Staatsgläubiger.

Redner schildert die traurigen Folgen, welche der Bankerott für die Besitzer der Staatspapiere, für so viele Staats- und Wohlthätigkeitsanstalten hätte, die ihren Besitz in solchen angelegt haben, und fährt dann fort: Oesterreich ist bisher ein politisches Fragezeichen gewesen; wenn es bestehen will, muß es beweisen, daß es ein anderes geworden. Wie die Armee das Reich bis auf den letzten Mann vertheidigen muß, so müsse das Haus seine Pflicht bis zum letzten Momente thun.

Er sei für das Majoritätsvotum, weil es nichts anderes verlange, als daß man Zeit lasse zum Ueberlegen und Handeln. Der Herr Berichterstatter und der Finanzminister, der Mann unseres Vertrauens und der Mann vom Fache, habe uns auseinandergelegt, daß es sich um nichts anderes handle, als darum, vorläufig keinen bindenden Beschluß zu fassen; vertrauen wir ihnen und nehmen wir das Majoritätsvotum an. (Bravo.)

(Se. Excellenz Reichskanzler Freih. v. Beust erscheint auf der Ministerbank.)

Freiherr v. Loundon. Man verlangt von uns Vertrauen, man gebe uns zuerst den Anlaß dazu, und spricht man von dem Vertrauen der Staatsgläubiger, so sage er, daß diese schwerlich viel Vertrauen haben, wenn das Haus leichtfertig das vorliegende Gesetz annehme. Er würde daher dem Majoritätsvotum nur dann beitreten, wenn zugleich die Resolution der Minorität angenommen würde.

Dr. v. Berger schließt sich der Ansicht des Dr. Herbst an, daß mit dem finanziellen Ausgleich die diesseitigen Länder keine neuen Verbindlichkeiten übernehmen.

Dieser Ansicht sei zwar auch der Finanzminister und der Berichterstatter; dies genüge aber nicht, das Haus selbst müsse dies aussprechen. Es sei dies den Wählern und Staatsgläubigern schuldig.

Die cisleithanischen Länder werden gewiß alles Mögliche thun, um die Lasten zu tragen; wenn sie es aber nicht im Stande sein werden, so müsse die ganze Welt wissen, daß sie dazu auch keine Verpflichtung hatten.

Er beantrage daher die Annahme folgender Resolutionen:

Der Umstand, daß Ungarn zu den Lasten der Staatsschuld nur einen fixen, keiner weiteren Aenderung unterliegenden, jährlichen Beitrag zu leisten erklärt, begründet für die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder keinerlei rechtliche Verbindlichkeit, den ganzen hiedurch entstehenden Rest des für die Verzinsung und Tilgung der Staatsschuld nöthigen Erfordernisses zu übernehmen und zu bedecken, und es behält sich die Vertretung dieser Königreiche und Länder bevor, über die Tilgung und Verzinsung der Staatsschuld, sowie deren Bedeckung nachträgliche Beschlüsse zu fassen.

Der Antrag wird zahlreich unterstützt.

Dr. Ryger kommt darauf zurück, daß das vorliegende Gesetz eine Verfassungsänderung enthalte, da Octoberdiplom und Februarverfassung dem weiteren Reichsrathe allein die Befugniß zu Aenderungen an der Staatsschuld einräumte, und es sich jetzt darum handle, aus der Reichsschuld eine Provinzialschuld zu machen. Deshalb sei nach seiner Ansicht eine Zweidrittelmajorität nothwendig.

Bei Erwägung dieser Frage sei es unmöglich sich, den Erwägungen über den meritorischen Inhalt des Gesetzes zu entziehen. Redner entwickelt nun seine Ansichten unter der größten Unruhe des Hauses (Vizepräsident v. Hopfen, welcher inzwischen den Vorsitz übernommen hat, läutet wiederholt, die Unruhe währt fort bis gegen das Ende der Rede und macht dieselbe auf der Galerie unverständlich), hält seinen centralistischen Standpunkt fest und sucht nachzuweisen, daß durch Annahme der Art. 1 und 2, gegen welche er stimmen wird, die Staatschuld in den nächsten Jahren nur vermehrt werden würde.

(Schluß folgt)

Oesterreich.

Wien, 11. December. (Zaifistengrenzer.) Die „W. Abdpst.“ schreibt: Auf die unter dem Titel „Zaifistengrenzer“ vor einigen Tagen in der „Zukunft“ und im „Wanderer“ erschienene Mittheilung, wonach das ungarische Ministerium den Zaifistengrenzern zur Kultivierung des ihnen von Sr. Majestät zugestandenen Gebiets Geld geben wollte, aber nicht durfte, sind wir in der Lage, auf Grund von Informationen an maßgebender Stelle Folgendes zu erwidern: Die Gemeinden des Zaifisten, richtig Titler Grenzbatallions wollten und wollen heute noch zur Trockenlegung der in ihrem Bereiche befindlichen Theiß- und Donau-Nieder eine Geldanleihe contrahiren. Ein Consortium versprach ihnen die sichere Aufbringung des erforderlichen Geldes, doch blieb es beim Versprechen. Ein Mitglied dieses Consortiums wandte sich nun an das Kriegsministerium mit der Eröffnung, es wäre das ungarische Ministerium, bereit, das zum fraglichen Zweck erforderliche Geld flüssig zu machen, wenn das Militärärar die Garantie hierfür übernehmen wollte, und bat um die Gewährung dieser Garantie. Da es sich hier um eine Gemeindeangelegenheit handelte, konnte natürlich die angesprochene Garantie seitens des Militärärars nicht gegeben werden. Bittsteller wurde abgewiesen. Das der wahre Sachverhalt.

Tagesneuigkeiten.

— (Herr Erzherzog Ludwig Victor) ist unter dem Incognito eines Grafen Klesheim in Madrid angekommen und hat dem entsprechend die Wohnung im königlichen Palaste abgelehnt und Appartements im Hotel de Paris bezogen. Am 27. November wurde der Herr Erzherzog von der Königin und dem Könige empfangen; dem Empfange folgte eine Zusammenkunft mit der gesamten königlichen Familie.

— (Adresse.) Der nied.-östr. Landesausschuß hat an Se. Excellenz den Herrn Statthalter Grafen Eberinsky aus Anlaß des schrecklichen Ereignisses, das seine Familie betroffen, eine Adresse erlassen, in der dem Herrn Statthalter die Gefühle der aufrichtigsten Hochachtung und innigsten Theilnahme ausgesprochen werden.

— (Theaterbrand.) In London ist wieder einmal ein Theater abgebrannt! Und zwar war es diesmal einer der schönsten und größten — das vorzugsweise „Her Majesty's Theatre“ genannte englische Opernhaus auf dem Haymarket (Heumarkt). Der Brand brach am 6. December Nachts noch 11 Uhr aus, und in wenigen Minuten war der ganze Bau eine riesenhafte Flammenmasse, deren Widerschein die ganze umgebene Metropole überleuchtete, von Westmünster bis nach dem Tower hinab wiederstrahlte. Das Theater war nicht zu retten, und mit Mühe gelang es die weitere Umgebung vor dem verheerenden Element zu schützen. Es ist das dritte Theater, welches London in wenigen Jahren durch Feuer verloren hat.

Locales.

— (Mehr Geld!) Wie wir vernehmen, wurde die Dotation für das Wechsel-Comptagegeschäft bei der hiesigen Filiale der privilegierten österreichischen Nationalbank um 200.000 fl. (auf 700.000 fl.) erhöht und auch der Credit für jede einzelne Firma von 30.000 fl. auf 50.000 fl. erweitert. Wie uns weiter bekannt wurde, gebührt das Verdienst dieses erlangten begünstigenden Bankbeschlusses der Direction der Filiale, vor allem aber der Initiative und thätigen Mitwirkung des Vorstandes derselben, Herrn Vogl.

— (Gewerbebank.) Kommenden Donnerstag halb 6 Uhr Abends findet die Generalversammlung statt.

— (Hundswuth.) Der, wie Samstag gemeldet, zur Beobachtung ins Thierhospital abgegebene Hund ist als wüthend erkannt worden. Uebrigens bemerken wir, daß allerdings mehrere Menschen von dem wuthverdächtigen Hunde angefallen, bisher jedoch nicht constatirt wurde, ob dieselben auch wirklich gebissen sind. Der löbliche Magistrat hat sofort wieder die früheren Sicherheitsmaßregeln angeordnet.

— (Neue Industrie-Unternehmung.) Die Herren Tönnies, Stöckl &c. haben dem Vernehmen nach die Absicht, hier eine Gewerfabrik zu errichten, und sollen bereits die Lieferung von 25.000 Hinterladern übernommen haben.

— (Freunden der Sternkunde) bietet sich durch die ganze noch übrige Hälfte des Monats December Gelegenheit, den Planeten Merkur an heitern Morgen in seiner strahlenden Schönheit zu beobachten. Am 11. De-

cember erreichte er seine größte westliche Ausweichung, er ging 1 Stunde 26 Minuten vor der Sonne auf, und noch in den letzten Tagen dieses Monats wird er eine Stunde vor Sonnenaufgang erscheinen. Heute begünstigte ein herrlicher Morgen seine Beobachtung. Er erschien um 6 Uhr 35 Minuten am südöstlichen Horizonte und konnte noch um 7 Uhr 25 Minuten mit freiem Auge im Südost beobachtet werden, wo sein strahlender Schimmer über einem leichten, von den rosigen Farben des herrlichsten Morgenlichtes umsäumten Gewölke in der Tageshelle leuchtete. Durch ein mäßiges Fernrohr kann seine mondformige Gestalt wahrgenommen werden. Er befindet sich im Scorpion in der Nähe des leuchtendsten Sternes Antares, jenes Sternbildes, mit dessen röhlichem Lichte er durch seine funkelnde Helle einen lebhaften Contrast bildet.

— (Ein schreckliches Ereigniß verfehte in den letzten Tagen die ganze Stadt in Aufregung — das Grazer Schreiner Bier war bei der hiesigen Niederlage vollständig ausgegangen und unsere Biergourmands daher in Verzweiflung, nirgend ein Tropfen Lager zu erhalten. Der Noth ist jetzt gesteuert, nachdem in Silgusendungen das edle Raß wieder hier einklangte. — Aus bester Quelle erfahren wir übrigens, daß in Bälde die hiesige Brauerei der Gebrüder Rosler ein Lagerbier von so vorzüglicher Güte liefern wird, daß es die Concurrenz mit dem Grazer sicher siegreich besteht und uns ein allfälliger Mangel des letztern gewiß nicht mehr in Aufregung versetzt.

Öffentlicher Dank.

Für den durch den Vorstand des Verwaltungsrathes des hiesigen Gewerbs-Auswirtschaffvereins Herrn Johann Rep. Horak dem hohen k. k. Landespräsidium überreichten und von da an die gefertigte Direction geleiteten, der Verschaffung von Lehrmitteln für arme Lehrlinge gewidmeten namhaften Betrag von 35 fl. ö. W. wird im Namen der zu Beneficienden der verbindlichste Dank öffentlich ausgesprochen.

In gleicher Weise drückt die Direction auch dem Herrn Giesko für das zur Vertheilung unter arme Normalchüler eingesendete bedeutende Quantum von Schreibrequisiten den geziemenden Dank aus.

Wäge das Gebet der Kleinen den Segen des Himmels auf die edlen Geber herab ersiebt haben!

Direction der k. k. Normal-Hauptschule.

Neueste Post.

Wien, 14. December. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde das Gesetz über das Zoll- und Handelsbündniß mit Ungarn in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung mit den von der ungarischen Regierung geforderten Aenderungen, mit Ausnahme des § 22, wo der Minoritätsantrag (5jährige Dauer) angenommen wurde, in zweiter und dritter Lesung angenommen. Der Reichskanzler bringt eine Regierungsvorlage über den Beginn der Wirksamkeit der Verfassungsgesetze mit dem Tage der Kundmachung im Reichsgesetzblatt ein. Die Vorlage wurde dem Verfassungsausschusse zugewiesen. Dienstag Sitzung.

Wien, 14. December. Die „W. Abdpst.“ schreibt: Die von einem heutigen Blatte gebrachte Nachricht, der Herr Reichskanzler habe während der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses telegraphisch „die kaiserliche Ordre zur Aufhebung des Hauses“, falls dasselbe den Bergrer'schen Antrag annähme, erhalten, sind wir von kompetenter Seite ermächtigt, als gänzlich unwahr zu bezeichnen.

Pest, 14. December. In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer bildete Deak's Rede den Schwerpunkt der Debatte. Deak sagte: Ungarn habe in der Ueberzeugung, daß seine Kraft zu seiner Erhaltung nicht hinreicht, im Hause Habsburg nicht bloß einen Herrscher, sondern auch eine Stütze gesucht. Die pragmatische Sanction sei nicht bloß als Gesetz zu ehren, es sei die Basis eines für Ungarn nothwendigen Bündnisses, um desentwillen selbst Opfer gebracht werden müssen. Ungarn würde die öffentliche Meinung in Europa gegen sich provociren, wenn es an der Staatschuld nicht Theil nimmt. Es sei ein Fehler gewesen, dessen er selbst mitschuldig war, als das 1848er ungarische Ministerium, nachdem es den Staatsschuldenbeitrag als rechtlich begründete Pflicht verweigert hat, nicht aus politischen Rücksichten darüber Unterhandlungen begann. Da der Staatsschuldenbeitrag eine politische Nothwendigkeit sei, so könne man denselben nicht erst nach Deckung der eigenen Bedürfnisse decken. Nach Deak's Rede, die eine Stunde währte, sprachen noch Mehrere, zum Schluß, um 4 Uhr, sprach noch der Referent der Centralcom-mission. Die Schlußrede des Finanzministers und die Abstimmung wurde auf morgen vertagt.

Agram, 14. December. (Deb.) Die Landtags-Candidaten der landeshauptstädtischen Nationalpartei sind wegen voraussichtlicher Erfolglosigkeit einer nach dem anderen von der Candidatur zurückgetreten. Heute noch Dr. Schram.

Paris, 13. December. Der „Temps“ betrachtet es als wahrscheinlich, daß der italienische Gesandte Nigra einen zeitweiligen Urlaub nehmen werde, wenn das italienische Parlament das Votum erneuere, daß Rom die Hauptstadt Italiens sei, was wahrscheinlich ist.

London, 13. December. Mehrere Häuser neben dem Elerenhamwell-Gefängnisse wurden Nachmittags, um zweifelhafte durch die Fenier behufs der Befreiung des Hauptlings Burke, in die Luft gesprengt. Das Gefäng-niß blieb unverfehrt, zwölf armselige Nachbarhäuser sind eingestürzt. Mehrere Personen wurden getödtet und viele verwundet.

Telegraphische Wechselcourse vom 14. December.

5perc. Metalliques 55.50. — 5perc. Metalliques mit Mail und November-Zinsen 57. — 5perc. National-Anlehen 65. — Bank-actien 674. — Creditactien 184.20. — 1860er Staatsanlehen 81.66. Silber 118.75. — London 120.85. — R. f. Ducaten 5.74.

Geschäfts-Zeitung.

Laibach, 14. December. Auf dem heutigen Markte sind erschienen: 20 Wagen mit Getreide, 5 Wagen mit Heu und Stroh (Heu 89 Ctr. 55 Pfd., Stroh 14 Ctr. 80 Pfd.), 45 Wagen und 7 Schiffe (41 Klasten) mit Holz.

Durchschnitts-Preise.

	Wt.	Mg.	Wt.	Mg.
	fl. kr.	fl. kr.	fl. kr.	fl. kr.
Weizen pr. Megen	6 60	7 30	Butter pr. Pfund	— 45
Korn	4 —	4 25	Eier pr. Stück	— 21
Gerste	3 —	3 55	Milch pr. Maß	— 10
Hafer	2 —	2 —	Rindfleisch pr. Pfd.	— 21
Halbfrucht	—	5 —	Kalb-fleisch	— 22
Heiden	3 20	3 55	Schweinefleisch	— 20
Hirse	3 20	3 30	Schöpfenfleisch	— 12
Kulturth	—	4 —	Hühner pr. Stück	— 30
Erbsen	1 60	—	Lauben	— 13
Linzen	4 50	—	Heu pr. Zentner	— 89
Größen	4 —	—	Stroh	— 70
Hülsen	5 50	—	Holz, hart, pr. Kst.	— 7 50
Rindschmalz Pfd.	— 50	—	— weiches	— 5 50
Schweine-schmalz	— 42	—	Wein, rother, pr.	— 12
Speck, frisch	— 30	—	— Cimer	— 13
— geräuchert	— 40	—	— weißer	— 13

Verstorbene.

Den 29. November. Dem Herrn Gottfried Herbst, Particular, sein Kind Alfons, alt 11 Monate, in der St. Peter's vorstadt Nr. 96, an Fraisen.

Den 5. December. Nicolaus Zunder, Fleischhauer, alt 43 Jahre, in der Polanavorstadt Nr. 61, an der Lungenentzündung.

Den 6. December. Theresia Supanek, Institutsarm, alt 62 Jahre, im Versorgungshause Nr. 4, am Magenkrebse.

Den 7. December. Dem Herrn Dr. Anton Schöppel, k. k. Landesregierungsrath, sein Sohn August, alt 5 Jahre, in der Stadt Nr. 206, an der hütigen Bräune.

Den 8. December. Dem Gregor Trost, Tagelöhner, sein Weib Agnes, alt 50 Jahre, in der Stadt Nr. 58, an der Lungenentzündung. — Peter Pansel, Maurer-Polier, alt 73 Jahre, in der Pradeck-Vorstadt Nr. 25, an der Lungenentzündung.

Den 9. December. Ursula Peinik, Greißlerweib, alt 52 Jahre, im Civilspital, an der Entzündung der Unterleibsorgane.

Den 10. December. Herr Alois Sofer, Gastgeber, alt 37 Jahre, in der Kapuzinervorstadt Nr. 11, an der Herzbeutel-entzündung.

Den 11. December. Helena Slabe, Fassbinderge-sellin, alt 54 Jahre, im Civilspital, an der Lungentuberculose.

Angekommene Fremde.

Am 12. December.

Stadt Wien. Die Herren: Schiffer, Kaufm., von Entenfeld, Kaufm., von Olmütz. — Tugendhat und Gebhardt, Kaufm., von Brünn. — Salibill, Rechnungsführer. — Hartman, Kaufm., von Wien. — Graf Panthier, Herrschaftsbef., von Wippach. — Gscheiter, Hotelier, von Marburg. — Floriantisch, Gewerksverwalter, von Kaufer.

Wilder Mann. Herr Walla, Statthalterofficial, von Graz.

Am 13. December.

Stadt Wien. Die Herren: Adlschitz, Student, von Görz. — Sigl, Puhwarenfabricant, von Wien. — Urbantschitsch, Gutbes., von Lurn. — Urbantschitsch, Gutbes., von Pöflein. — Roceli, Handelsm.

Elephant. Die Herren: Malic, Handelsm., von Weinig. — Klaric, Redacteur, von Carlsbad. — Umsant, Geschäftsbef., von Brünn.

Baierischer Hof. Herr Pilsch, Handelsm., von Ill.-Freisitz. Kaiser von Oesterreich. Herr Klostner, k. k. Steuerinspector, von Agram.

Briefkasten der Redaction.

Herrn G. hier: Ist dem Vernehmen nach bereits im Auge.

Lottoziehung vom 14. December.

Wien: 3 26 24 90 30.

Graz: 3 54 44 79 58.

Theater.

Heute Montag:

Kean, oder: Genie und Leidenschaft.

Schauspiel in 5 Acten von Schneider.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

December.	Zeit der Beobachtung	Barometerstand in Pariser Einheiten auf 0° R. reducirt	Temperatur nach Reaumur	Wind	Luft- und Himmel	Niederschlag in Linien
14.	6 U. Mg.	326.07	— 2.2	SD. mäßig	dünn bew.	0.00
	2 „ N.	327.24	— 2.7	SD. mäßig	f. ganz bew.	
	10 „ Ab.	326.99	— 5.1	W. schwach	ganz bew.	
15.	6 U. Mg.	324.62	— 4.8	ND. schwach	trübe	0.58
	2 „ N.	321.00	+ 3.4	W. heftig	trübe	
	10 „ Ab.	321.08	+ 1.0	W. schwach	trübe	

Den 14.: Morgens dünn bewölkt. Morgenroth. Untertags wechselnde Bewölkung. Kälte zunehmend. Abends Windsturm nach W. — Den 15.: Trübter Tag. Rasches Fallen des Barometers. Alle Anzeichen eines stürmischen Wetters, doch auch dieses mal scheint Laibach nur von den äußersten Luftwellen der im heurigen December häufigen Orkanen berührt worden zu sein. Tagsüber wehte ein stoßweise heftiger West. Gegen Mittag trat Thauwetter ein. Abends etwas Regen.

Verantwortlicher Redacteur: Ignaz v. Reinmann.

Börsenbericht. Wien, 13. December. Die Börse verlief in trauer Haltung bei geringem Verkehr. Staatsfonds und Aktien fielen billiger, während Devisen und Valuten ziemlich unverändert schlossen. Geld minder flüssig.

Öeffentliche Schuld.			Geld	Waare	Geld	Waare	Geld	Waare
A. des Staates (für 100 fl.)								
In ö. W. zu 5pCt. für 100 fl.	Geld	Waare						
In österr. Währung steuerfrei	53.20	53.40						
Steueranf. in ö. W. v. J. 1864 zu 5pCt. rückzahlbar	77.80	58.—						
Steueranleihen in öst. W.								
1864 zu 5pCt. rückzahlbar	89.25	89.50						
Steueranleihen in öst. W.	86.25	86.50						
Silber-Anleihen von 1864	72.50	73.—						
Silberanf. 1865 (Fres.) rückzahlb. in 37 Jahr. zu 5 pCt. 100 fl.	78.—	78.50						
Nat.-Anl. mit Jan.-Coup. zu 5%	66.—	66.20						
" " Apr.-Coup. " 5 "	65.70	65.85						
Metalliques " 5 "	56.80	56.90						
ditto mit Mai-Coup. " 5 "	58.30	58.50						
ditto " 4 1/2 "	50.25	50.50						
Mit Verlosf. v. J. 1839	150.—	150.50						
" " " 1854	75.75	76.—						
" " " 1860 zu 500 fl.	83.—	83.20						
" " " 1860 " 100 "	91.25	91.75						
" " " 1864 " 100 "	76.—	76.10						
Como-Rentensch. zu 42 L. aust.	21.40	22.—						
Domainen Spere. in Silber	105.—	105.50						
B. der Kronländer (für 100 fl.)	Gr.-Entf.-Oblig.							
Niederösterreich " zu 5%	89.50	90.—						
Oberösterreich " zu 5 "	87.50	88.—						
Salzburg " " 5%	86.50	87.50						
Böhmen " " 5 "	90.—	91.—						
Mähren " " 5 "	88.50	89.50						
Schlesien " " 5 "	87.—	88.—						
Steiermark " " 5 "	89.—	90.—						
Ungarn " " 5 "	70.—	70.50						
Temeser Banat " " 5 "	70.—	70.50						
Croatien und Slavonien " " 5 "	64.25	64.75						
Galizien " " 5 "	63.75	64.50						
Siebenbürgen " " 5 "	64.—	64.50						
Bukovina " " 5 "	67.75	68.25						
Ung. m. d. B.-E. 1867 " 5 "	66.50	67.—						
Ung. m. d. B.-E. 1867 " 5 "								
Actien (pr. Stück).								
Nationalbank (ohne Dividende)	677.—	679.—						
R. Ferd.-Nordb. zu 1000 fl. C. M.	1702.—	1705.—						
Kredit-Anstalt zu 200 fl. d. W.	186.10	186.20						
R. d. Escom.-Ges. zu 500 fl. d. W.	617.—	619.—						
S.-E.-G. zu 200 fl. C. M. o. 500 fr.	241.10	241.20						
Kais. Elis. Bahn zu 200 fl. C. M.	141.—	141.25						
Südb.-nordb. Fer.-B. 200 "	133.50	133.75						
Südb. St.-L.-ven. u. z.-E. 200 fl.	172.50	172.75						
Gal. Karl-Lud.-B. z. 200 fl. C. M.	205.50	205.75						
Böhm. Westbahn zu 200 fl.	148.—	148.50						
Def. Don.-Dampfsch.-Ges. 500 fl. C. M.	485.—	487.—						
Def. Don.-Dampfsch.-Ges. 500 fl. C. M.	191.—	192.—						
Def. Don.-Dampfsch.-Ges. 500 fl. C. M.	460.—	465.—						
Def. Don.-Dampfsch.-Ges. 500 fl. C. M.	380.—	383.—						
Anglo-Austria-Bank zu 200 fl.	109.25	109.75						
Ernberger Cernowitzer Actien	167.50	168.50						
Pfandbriefe (für 100 fl.)								
Nationalbank auf verlosbar zu 5%	96.60	96.80						
E. M.								
Nationalb. auf ö. W. verlosb. 5 "	92.—	92.25						
Ung. Bod.-Cred.-Anst. zu 5 1/2 "	89.75	90.—						
Ung. öst. Boden-Credit-Anstalt verlosbar zu 5% in Silber	103.—	104.—						
Loose (pr. Stück.)								
Ered.-A. f. S. u. G. z. 100 fl. d. W.	129.50	130.—						
Don.-Dampfsch.-G. z. 100 fl. C. M.	86.—	87.—						
Stadtbem. Ofen " 40 " d. W.	24.75	25.25						
Eherhagh " 40 " C. M.	115.—	118.—						
Salm " 40 " "	32.50	33.—						
Ballfu " 40 " "	24.25	24.75						
Clary zu 40 fl. C. M.	26.—	27.—						
St. Genois " 40 " "	25.25	25.75						
Windischgrätz " 20 " "	16.50	17.50						
Waldstein " 20 " "	20.75	21.25						
Keglevich " 10 " "	14.50	15.—						
Rudolf-Stiftung " 10 " "	12.25	12.50						
W e c h s e l. (3 Monate.)								
Angsburg für 100 fl. südb. W.	100.70	101.—						
Krausfurta M. 100 fl. detto	100.85	101.10						
Hamburg, für 100 Mark Banco	89.—	89.30						
London für 10 Pf. Sterling	120.65	120.90						
Paris für 100 Francs	47.90	47.95						
Cours der Geldsorten								
	Geld	Waare						
R. Münz-Ducaten	5 fl. 72 fr.	5 fl. 73 fr.						
Napoleons'd'or	9 " 63 "	9 " 64 "						
Russ. Imperials	9 " 90 "	9 " 91 "						
Vereinsthaler	1 " 77 1/2 "	1 " 78 "						
Silber	118 " 75 "	119 " — "						
Krainische Grundentlastungs-Obligationen, Privatnotirung: 86.50 Geld, 87 Waare								

Amtsblatt zur Laibacher Zeitung Nr. 289.

Montag den 16. December 1867.

Erkenntnis.

Das k. k. Landesgericht in Strafsachen in Wien erkennt kraft der ihm von Sr. k. k. Apostolischen Majestät verliehenen Amtsgewalt über Antrag der k. k. Staatsanwaltschaft, daß der Inhalt der Broschüre: „Gepfeiferte Briefe von Friedrich Hecker, Manheim, Druck und Verlag v. J. Schneider 1868“, die Verbreitung des Hochverrathes § 50 c St. G., der Majestätsbeleidigung § 63 St. G., der Beleidigung der Mitglieder des kais. Hauses § 64 St. G. und des Vergehens gegen die öffentliche Ruhe und Ordnung nach § 305 St. G. begründet, und verbindet damit nach § 36 des Preßgesetzes das Verbot der weiteren Verbreitung.

Wien, am 6. December 1867.
Der k. k. Präsident: Der k. k. Rathsecretär:
W o j s c h a n m p. T h a l l i n g e r m p.

Ausschließende Privilegien.

Das k. k. Ministerium für Handel und Volkswirtschaft und das königl. ungarische Ministerium für Landwirtschaft, Industrie und Handel haben nachstehende Privilegien ertheilt:

Am 1. November 1867.

1. Dem Georg Philipp Zimmermann, Civil-Ingenieur zu Kottlingbrunn in Niederösterreich, auf eine Verbesserung an den Feuerrosten, für die Dauer eines Jahres.

Am 4. November 1867.

2. Dem Julius Lange aus Braunschweig, Kaufmann in London, unter der Firma „W. J. Lange und Comp.“ (Bevollmächtigter Rudolf Metel in Wien, Stadt, Mehlmarkt Nr. 17), auf die Erfindung, Gewebe und Gespinnte dazwischen zu stärken und für die Färbung zu präparieren, für die Dauer von fünf Jahren.

3. Dem Johann Schynge, Fabricanten feuerfester und einbruchsfester Geld-, Bücher- und Documentencassen zu Hengendorf bei Wien, auf die Erfindung eines Combinationsschlosses, für die Dauer eines Jahres.

4. Dem Jean Gustave Vauquet und Hugues Champoussier, Beide zu Paris (Bevollmächtigter Cornelius Kasper in Wien, Josephstadt, Langeasse Nr. 17), auf eine Erfindung in der Rectification und im Reinigen des Spiritus, für die Dauer eines Jahres.

5. Dem Ludwig Knapp in Wien, Mariabist, Hauptstraße Nr. 115, auf eine Erfindung in der Darstellung von Aetherarten für die Branntwein- und Liqueurfabrication, für die Dauer eines Jahres.

6. Dem James Erskine, Buchsenmacher aus Newton-Stewart in England (Bevollmächtigter Dr. Joseph May Ritter von Winwarer in Wien), auf die Erfindung einer Patronen-Füllungsmaaschine, für die Dauer eines Jahres.

Am 14. November 1867.

7. Dem Johann Leopold, Mechaniker, und Karl Satori, Beide in Wien, Wieden, Theresianumgasse Nr. 3 und 7, auf eine Verbesserung an der galvanischen Batterie, für die Dauer eines Jahres.

Die Privilegiums-Beschreibungen, deren Geheimhaltung angefordert wurde, befinden sich im k. k. Privilegien-Archiv in Aufbewahrung, und jene von 7, deren Geheimhaltung nicht angefordert wurde, kann daselbst von Jedermann eingesehen werden.

Das k. k. Ministerium für Handel und Volkswirtschaft und das königl. ungar. Ministerium für Landwirtschaft, Industrie und Handel haben nachstehende Privilegien verlängert:

Am 4. November 1867.

1. Das dem Joseph Nikolaus Schulz auf die Erfindung eines eigenthümlich construirten Zimmersens,

genannt „Spiralofen“, unterm 9. November 1866 ertheilte ausschließende Privilegium auf die Dauer des zweiten und dritten Jahres.

Am 5. November 1867.

2. Das dem Leopold Hugel auf die Erfindung, der Globus mit einer eigenthümlichen Adjustierung zu versehen, unterm 8. October 1866 ertheilte ausschließende Privilegium auf die Dauer des zweiten Jahres.

Am 6. November 1867.

3. Das dem Johann Hniewkowsky auf die Erfindung eines Verfahrens und Apparates zur Gewinnung des in dem Scheideschlamme der Zuckerfabriken enthaltenen Rübensaftes unterm 12. October 1865 ertheilte ausschließende Privilegium auf die Dauer des dritten Jahres.

Das k. k. Ministerium für Handel und Volkswirtschaft und das königl. ungarische Ministerium für Landwirtschaft, Industrie und Handel haben die Anzeige, daß Anton Böschko das ihm auf die Erfindung in der Erzeugung von Weberarmmähnen, sogenannten „Nisch“, aus Bessmerstahl unterm 30. August 1867 verliehene ausschließende Privilegium mit Cession ddo. Wien, am 16. October l. J., an J. B. Bearzi, Fabrikant und Realitätenbesitzer in Wien, vollständig übertragen habe, zur Kenntniß genommen und die Eintragung dieser Uebersetzung im bezüglichen Register veranlaßt.

Wien, am 13. October 1867.

Nr. 12137.

Einladung.

Der Wechsel des Jahres naht heran und mit demselben erneuert sich die löbliche Gewohnheit, zum Besten des Armenfondes sich mittelst Behebung der Enthebungskarten von den Neujahrs- und Namenstagswünschen zu befreien.

Der Herr Handelsmann Karinger wird die Güte haben, diese Enthebungskarten gegen den bisherigen üblichen Erlag, und zwar 35 kr. für die Neujahrs- und 35 kr. für die Namensfest- und Geburtstags-Enthebungskarten, zu verabfolgen, wobei der besondern Wohlthätigkeit die selbstständige Bestimmung des Betrages überlassen bleibt.

Laibach, am 14. December 1867.

Von der Armeninstituts-Commission.

Nr. 12136.

Rundmachung.

Am 12. d. wurde hierorts ein fremder wuthverdächtiger Hund, mittelgroß, männlichen Geschlechtes, grau, mit weißen Flecken am Körper, unter der Brust und am Bauche so wie an den Füßen weiß, mit gestutztem Schweife, etwa 1 Jahr alt, der mehrere Hunde gebissen, sowie Personen angefallen hat, eingefangen.

Die heute vorgenommene Section bestätigte die Wuth.

Zur Verhütung der so traurigen Folgen, welche jede Vernachlässigung der, in letzterer Zeit so häufig vorkommenden Wuthfälle, dringend gebotenen Vorsichtsmaßregeln nach sich ziehen muß, wird im Interesse der persönlichen Sicherheit Jedermann ermahnt, Hunde, die nach seinem Wissen mit dem

wüthenden Thiere in Berührung kamen, hieher namhaft zu machen. Die Eigenthümer von Hunden aber werden unter Hinweisung auf den § 387 St. G. aufgefordert, dieselben genau zu beobachten und wahrgenommene Krankheitsanzeichen sogleich behufs der weiteren Veranlassung zur hierämtlichen Kenntnißnahme zu bringen.

Zugleich wird angeordnet, daß von heute an durch 6 Wochen die Hunde nur an einer Schnur geführt im Freien erscheinen dürfen.

Frei herumlaufende Hunde werden eingefangen, unbedingt vertigt, und es wird deren Rückstellung gegen Erlag einer Tage nicht zugelassen.

Da die gleiche Gefahr auch außer der Stadt vorhanden ist, wird aufmerksam gemacht, daß alle wie oben angeordnet nicht verwahrten Hunde im Rayon der Umgebung im Betretungsfalle gleichfalls eingefangen und vertigt werden sollen.

Schließlich wird in Erinnerung gebracht, daß Hunde in öffentliche Localitäten nicht mitgebracht werden dürfen.

Die Uebertretung dieses Verbotes wird auf Grund des § 7 der kaiserlichen Verordnung vom 20. April 1854, Z. 115, mit der gesetzlichen Ordnungsbuße sowohl an jenem, der den Hund mitgebracht, als an dem Eigenthümer des Locales, der ihn darin duldet, geahndet.

Stadtmagistrat Laibach, am 15ten December 1867.

(404—3)

Nr. 11707.

Edictal-Vorladung.

Nachstehende, hieramts in Vorschreibung stehende Gewerbsparteien unbekannten Aufenthaltes werden mit Bezug auf den hohen Steuer-Directions-Erlass vom 20. Juli 1856, Z. 5156, hiemit aufgefordert, binnen 14 Tagen

von der letzten Einschaltung dieser Rundmachung an um so gewisser hieramts sich zu melden und den auswärtigen Steuerrückstand zu berichtigen, als man im widrigen Falle die Böschung ihrer Gewerbe von Amtswegen veranlassen würde.

Post-Nr.	Name	Charakter	Post-Nr.	Steuerbetrag fl. kr.	Anmerkung
1	Franz v. Goldenstein	Zeichenschreier	623	5 67	pro 1867
2	Wenzel Rubella	Holzhandel	2477	7 56	pro 1866
3	Franz und Theodor v. Goldenstein	Photograph	2897	5 67	pro 1867
4	Wenzel Rubella	Baummeister	2993	28 35	pro 1867
5	Bartelma Blasch	Bäcker	3122	15 12	pro 1867
6	Martus Juglic	Bäcker	3268	7 56	pro 1867

Stadtmagistrat Laibach, am 15ten December 1867.